

BERLIN

FLUCHTHILFE

Nur mit Braut

In den letzten Tagen des Juli setzten sich drei prominente DDR-Bürger in den Westen ab. Zwei von ihnen, Wissenschaftler, haben die Flucht bisher geheimgehalten. Der dritte Mann aber konnte nicht an sich halten, seinen Waldlauf über die ungarische Grenze aller Welt kundzutun: Jürgen May, 25, Leichtathlet und Weltrekordler über 1000 Meter.

Der mitteldeutsche Spitzensportler brachte damit seine Fluchthelfer — eine Gruppe West-Berliner Studenten — in Bedrängnis, und er verstopfte, wie die Wohltäter glauben, ein für allemal das Schlupfloch in den Westen. „Der Mann“, so klagte einer der Helfer, „hat uns Arbeit gemacht, als hätten wir 50 geholt.“

In der „Bild-Zeitung“ enthüllte der Sportsmann exklusiv und gegen Honorar, warum er dem Arbeiter-und-Bauern-Staat davongerannt war: „Man wollte mich fertigmachen.“ Für die Leser der langen Lebensbeichte war der May gekommen, weil er, vom Regime verfeimt, die Freiheit wählte.

Seinen Genossen allerdings galt der Verfeimte lange Zeit als Musterknabe der Republik. Seit er der DDR bei internationalen Leichtathletikkämpfen und während der Olympischen Spiele zu Ruhm verhalf, war für ihn keine Auszeichnung gut genug, keine Prämie zu hoch.

Schriftsetzer May, Leistungsprodukt des Sport-Clubs „Turbine Erfurt“, durfte bei der SED-Zeitung „Das Volk“ als Sportredakteur (Nettogehalt: 640 Mark) arbeiten. Die Partei verschaffte ihm einen Sitz im Bezirkstag und damit Abgeordneten-Diäten, und sie schenkte dem Auserwählten ein Wartburg-Auto. Preis: 18 000 Mark.

Das Wohlwollen der Funktionäre vergalt der Mittelstreckler mit einem Rekord an ideologischer Dankbarkeit. Er verfaßte Ergebnissadressen an die DDR-Führung („Gute Taten für unseren Staat“), gratulierte als „Sportler des Jahres“ dem greisen Staatschef Walter Ulbricht zum SED-Jubiläum und wurde Kandidat in der Partei der Arbeiterklasse.

Durch Treue zur DDR und sportliche Hochform eröffnete sich May die Möglichkeit „zu reisen, die Welt kennenzulernen“. Er war in Neuseeland, Japan und in der Bundesrepublik, doch er kehrte stets — obwohl ohne Familie und ungebunden — aus dem Westen in die sozialistische Heimat zurück.

Daß der Staatssportler gelegentlich über die Stränge schlug und, wie die Kader-Akte vermerkt, „eine disziplinierte Lebensführung zeigte“, verzieh die sonst sittenstrenge Partei anfänglich noch. Doch die Geduld der Funktionäre war erschöpft, als May während der Europameisterschaft 1966 in Budapest gegen die guten politischen Sitten verstieß: Er hatte sich von seinem einstigen westdeutschen Konkur-

renten Karl Eyerkauf überreden lassen, unter DDR-Sportlern Produkte aus der Bundesrepublik anzupreisen: „Puma“-Laufschuhe. Eyerkauf hatte ihm dafür 100 Dollar zugesteckt.

Sofort zogen die Gönner ihren Köner vom Start zurück. May erhielt Weisung, dem Sport zu entsagen, bis „Gras über die Sache“ gewachsen sei. Als die Partei aber erfuhr, daß der Gestrauchelte entgegen der Order insgeheim weitertrainierte, bedachte der DDR-Leichtathletikverband May mit Laufverbot auf Lebenszeit. Zudem mußte die SED-Leitung Erfurt ihren Kandidaten vom Sportkommentator der Bezirkszeitung zum Hilfspfleger einer Schule (Gehalt: 490 Mark) degradieren.

Dennoch ließ die SED-Führung durchblicken, daß Jürgen May nicht auf Dauer in Ungnade gefallen sei und mit einem Comeback rechnen könne:

Doch Firmen-Chef Rudolf Dassler bangte um seine Ost-Exporte. Er wollte „mit der Sache keineswegs etwas zu tun“ haben, und er verbot seinem Vertreter Eyerkauf, der sich für die Kontakte zwischen Mittelsmännern und May das Stichwort „Puma“ ausgedacht hatte, den Marken-Namen mit der Aktion zu verquicken. Der Sportsmann mußte einen Bankkredit aufnehmen.

Aber 9000 Mark reichten nicht mehr. Denn über den DDR-Vertrauensmann der Helfer-Gruppe hatte Jürgen May unterdessen angedeutet, er werde seine Braut Bärbel Holländer mit nach Ungarn nehmen müssen. Grund: Ohne die Bürgschaft der in der DDR gut beleumundeten Lehrerin hätte der in Mißkredit geratene Sportsheld überhaupt keine Ausreiselerlaubnis bekommen. Die Fluchthelfer erhöhten das Transportgeld prompt auf 18 000 Mark.



DDR-Flüchtling May (r.), Freund Eyerkauf: „Fluchtweg zerstört“

Er durfte Kandidat der Partei bleiben und wurde Anfang Juli, wenige Wochen vor seiner Flucht, sogar Vollmitglied der SED.

Zu dieser Zeit aber hatte der verdiente Läufer der DDR schon beschlossen, zu einem Endspurt in den Westen anzusetzen. Sein Sportsfreund Karl Eyerkauf aus dem hessischen Hochstadt, Vertreter der bayrischen „Puma“-Sportschuhfabrik, war über Mittelsmänner in Kontakt mit den Berliner Fluchthelfern gekommen.

Die Studenten, die „Fluchthilfe mehr aus Sport denn wegen des Geldes“ betreiben (so ein Mitglied der Gruppe) und ihren Lebensunterhalt an Wochenenden mit Autowaschen verdienen, waren bereit, Jürgen May für 9000 Mark via Budapest in die Freiheit zu holen.

Das Unternehmen schien finanziell gesichert, denn Karl Eyerkauf hatte den Helfern bedeutet, „eine bekannte Schuhfirma“ werde die Kosten übernehmen. In der Tat war der West-Sportler bemüht gewesen, die Puma-Werke für den glücklosen Puma-Werber May einzuspannen.

In Budapest angekommen, wollte May es wieder billiger machen. Seine Braut, so bedeutete er den Helfern, wisse nichts von dem Fluchtplan; die könne man getrost sitzenlassen.

So jedenfalls berichten die hilfreichen Studenten. May sieht es heute anders: Er habe den Alleingang nur vorgetäuscht, weil „ich Angst hatte, die Gruppe würde mich sonst in Ungarn sitzenlassen“.

Zu solcher Sorge freilich bestand kein Anlaß. Denn den Fluchthelfern erschien das Risiko, eine versetzte, enttäuschte Braut in Budapest zurückzulassen, viel zu groß. „Wir mußten“, so erinnert sich einer der Studenten, „May in einem sehr langen Gespräch von der Notwendigkeit überzeugen, seine Braut doch mitzunehmen.“ Bärbel Holländer wurde eilends aus einem Strandbad der Donaustadt geholt; sie willigte in die Flucht ein. Ihr Kind blieb in der DDR zurück.

In West-Berlin bereitete Läufer May seinen Helfern erneut Verdruß. Die Studenten hatten ihn eine Weile in der Halbstadt festhalten wollen, um die DDR-Fahnder zu narren. Sie sollten glauben, May sei über die deutsche

Ost-Grenze entkommen. Doch Jürgen May flog mit Eyerkauf — der in einer Berliner Bier-Schwemme das Honorar übergeben hatte — vorzeitig nach Westdeutschland. Dort plauderten die Sportsfreunde unbefangenen Details der Flucht aus.

Ein Fluchthelfer: „Daß May nicht schwieg, als er im Westen war, sondern redete und sogar sagte, er sei über Budapest gekommen, hat mit Sicherheit den Fluchtweg zerstört, über den wir schon viele rausgeholt haben.“

Und: „50 000 Mark, die wir in den Ausbau und die Sicherung dieses Weges investiert hatten, sind futsch.“

FERNSEHEN

PRIVATSENDER

Frequenzen frei

Neben Fernseh-Empfangsantennen soll auf den Dächern westdeutscher Verlagshäuser demnächst weitere Gestänge hochgezogen werden: Fernseh-Sendemasten.

Private TV-Stationen wollen es ermöglichen, daß „von der Gemüsefrau auf dem Markt bis zum Kaufhaus jeder Werbung treiben kann“. Das ist die Vision der in Bad Nauheim ansässigen „Pressevereinigung für neue Publikationsmittel e. V.“: eines Zweckverbandes von 61 Zeitungsverlagen (Gesamtauflage: rund zehn Millionen).

Sie wollen, wie die meisten bundesrepublikanischen Zeitungsverleger — allen voran Axel Springer —, seit langem ins Fernsehgeschäft einsteigen und den Millionestrom der Werbegelder wenigstens zum Teil in die eigenen Kassen lenken.

Bislang zerstörte jedoch das Bonner Postministerium alle Verleger-Visionen mit dem Hinweis, daß keine Sendefrequenzen für weitere — regionale oder bundesweite — TV-Programme frei seien.

Das soll sich ändern. Die Bundespost experimentiert derzeit mit bislang nicht genutzten sogenannten Zentimeterwellen (Länge ein bis zehn Zentimeter), durch die bis zu zehn Programme nebeneinander ausgestrahlt werden könnten*.

Für die aufs Fernsehen erpichten Zeitungsverleger könnte damit das Ende einer langen Durststrecke näher rücken. Vergebens forderte Springer schon vor Jahren, daß den Fernseh-Anstalten die Werbung verboten und den Verlegern ein Programm übertragen werden müsse. Vergebens bemühten sich 1963 elf nordrhein-westfälische Verleger um das — regionale — Dritte Programm.

Und im April dieses Jahres wies das Berliner Verwaltungsgericht eine Verleger-Klage gegen den Entscheid des Landes Berlin ab, kein — regionales

* Die fürs Fernsehen geeigneten elektromagnetischen Wellen sind nach dem Dekadensystem eingeteilt: Mit Meterwellen (Länge ein bis zehn Meter) arbeiten die Sender des Ersten Programms; die Sendungen des Zweiten Deutschen Fernsehens werden auf Dezimeter-Wellen (Länge zehn bis 100 Zentimeter) ausgestrahlt.



Zentimeterwellen-Sendemast

„Von der Marktfrau bis zum Kaufhaus ...“

— Verleger-Fernsehen zuzulassen. Auch der im vorletzten Monat gestartete Versuch, gemeinsam mit den Parteien an der Saar ein privates TV-Programm aufzubauen (SPIEGEL 27/1967), ist mittlerweile nahezu gescheitert — dank eines Gutachtens, das (gestützt auf Material der Bundespost) die Initiatoren des saarländischen Privatfernsehens als Leute entlarvt, die sich ein Auto gekauft, aber dafür keine Straße haben: Denn auf dem TV-Kanal 39, den die saarländischen TV-Planer für sich beanspruchen, können Sendungen zwar nach Frankreich, nicht aber in die Bundesrepublik gestrahlt werden.

Sosehr diese Nachricht die Parteien an der Saar verdroß, die Verleger waren schon anderweitig tätig. Springers Justiziar Herman F. Arning und Klaus Mathy vom „Kölner Stadt-Anzeiger“ verhandeln seit Dezember letzten Jahres als Abgesandte des „Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger“ (BDZV) mit vier Ländervertretern und je einem Emissär



ARD-Fernsehturm (in Stuttgart)

... soll jeder auf dem Bildschirm werben“

der Arbeitsgemeinschaft der Rundfunkanstalten Deutschlands (ARD) und des Zweiten Deutschen Fernsehens (ZDF). Name der Geheimkommission: „Arbeitsgruppe Verleger-Fernsehen der Ministerpräsidenten-Konferenz“; Verhandlungsziel: ein TV-Programm der Tagespresse als viertes deutsches Programm.

Die Verleger berufen sich auf das TV-Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Es hatte 1961 zwar festgestellt, eine private Fernsehgesellschaft dürfe nur zugelassen werden, „wenn sie nach ihrer Organisationsform hinreichende Gewähr bietet, daß in ihr ... alle gesellschaftlich relevanten Kräfte zu Wort kommen“. Doch wurde das von den Verfassungsrichtern den öffentlich-rechtlichen Anstalten zugebilligte Sendemonopol ausdrücklich unter den damals „gegenwärtigen technischen Gegebenheiten“ erteilt.

Die TV-Technik, so argumentieren die Verleger-Funktionäre, habe sich mittlerweile gewandelt; im Bereich der Dezimeterwellen, deren sich ZDF und in einigen Bundesländern auch die Dritten Programme bedienen, seien „noch Frequenzen frei für eine ganze Reihe von Lokalsendern“.

Im April dieses Jahres forderten die Verleger in einem Gutachten (genannt „Protokoll 3 A“), das sie der „Arbeitsgruppe Verleger-Fernsehen“ vorlegten, offiziell ein viertes TV-Programm, zunächst im norddeutschen Raum.

Postwendend protestierte die Post: Sie habe die Kanäle voll. Frequenzen für ein Verleger-Fernsehen könne sie nur dadurch frei machen, daß die Leistungen bereits bestehender Sender beeinträchtigt würden. Die Zuschauer, so der Leiter der Funkabteilung im Bonner Bundespostministerium, Ministerialdirigent Hans Pressler, würden dann aber „statt eines guten Bildes zwei schlechte sehen“.

Die Post vertröstete die Verleger auf die Zukunft. Sie ließ wissen, man teste derzeit die bislang nicht genutzten Zentimeterwellen auf TV-Gebrauchstauglichkeit; falls die Versuche erfolgreich verliefen, könnten demnächst theoretisch zehn neue Programme gestartet werden.

Zwar breiten sich diese Zentimeterwellen nicht so weit aus wie lange Wellen — ein Nachteil, der durch ein dichtes Netz lokaler Sender behoben werden müßte. Doch dieses Netz paßt den Zeitungsverlegern ganz gut ins Konzept: Über lokale Sender könnten sie — ähnlich wie in den USA — regionale Werbesendungen ausstrahlen.

Schon hat sich die Bad Nauheimer „Pressevereinigung für neue Publikationsmittel“ auf den neuen Wellenplan eingestellt. Der Verein empfahl seinen Mitgliedern, lokale Mini-Sender einfach auf den Dächern ihrer Verlagshäuser zu installieren.

Auch die Rundfunkindustrie rührte sich. Um das angekündigte Verleger-Fernsehen dereinst empfangen zu können, müssen interessierte Zuschauer in ihr TV-Gerät einen sogenannten Konverter einbauen. Ende 1968 kann ihn die Industrie liefern — zum Stückpreis von 200 Mark.